

« *Jeden Tag verlieren über 200 Personen in der Schweiz ihre Arbeit.* »

(Christian Levrat, Präsident der SP Schweiz)

WIR MÜSSEN DRINGEND ETWAS TUN! ABER FÜR DIE ARBEITNEHMENDEN, NICHT FÜR DIE SPEKULANTEN!

**SGB und SP Schweiz müssen zu einer nationalen Kundgebung in BERN aufrufen und ein neues Gesetz fordern, welches das für das VERBOT VON ENTLASSUNGEN vorsieht.
Alle Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst und in der Privatwirtschaft müssen erhalten bleiben!**

Es gibt nichts daran zu rütteln: auch die Schweizer Wirtschaft steckt wie diese der übrigen Welt in tiefer Krise. Das Fiasko in der Finanzwelt hat sich seit Sommer 2008 verschärft ergreift alle Wirtschaftssektoren. Die weltweite Rezession ging in eine globale Depression über. Wie ein Kartenhaus ist der Finanzsektor in sich zusammengefallen. Finanzkrise, Produktionskrise, soziale Krise ... Das gesamte kapitalistische System, dem der Besitz der Produktionsmittel zu Grunde liegt, befindet sich in Krise. Dieser Systemzerfall führt zur Zerstörung von Hunderttausenden von Arbeitsplätzen, zur Plünderung der öffentlichen Dienste und Sozialversicherungen, zu einer allgemeinen Verarmung und zur rücksichtslosen Infragestellung der nationalen Souveränität. Soll das der Preis sein, den wir, Menschen aller Länder, zur Rettung der Spekulanten und ihrer Handlager, den Banken, bezahlen müssen?

Vor der Ankündigung des Abbaus von 8'700 weiteren Stellen hatte die UBS bereits 10'300 Jobs vernichtet. In der Schweiz soll jeder zehnte Stelle verschwinden. Das kommt einem Aderlass von 2'500 Arbeitsplätzen entspricht gleich, davon 1200 bis 1500 in Form von Kündigungen ohne jegliche Abfindung! Eine «Kostenreduktion» in der Höhe von vier Milliarden - also genau dem Betrag der Boni, welche den Aktionären im Jahre 2008 ausgeschüttet worden waren! In derselben Zeit verzeichnet die Abteilung Vermögensverwaltung Nord- und Südamerika Kapitalzuflüsse von 16 Milliarden Franken!

Die Entlassungswelle hat nun auch die Exportindustrie (Maschinen, Uhren) erfasst. Teilarbeitslosigkeit und Kurzarbeit breiten sich aus und werden zu einer alltäglichen Erscheinung und verbreiteten Massnahme. Die Unternehmen engagieren immer weniger Junge an. Gemäss der SECO werden 2009 über 10'000 der Jugendlichen, die neu auf den Arbeitsmarkt kommen, mit fehlenden Berufsperspektiven konfrontiert werden! Der SGB sagt für nächstes Jahr 60'000 erwerbslose Junge voraus.

Die Rechte der Arbeitnehmenden, die Demokratie, die Souveränität der Schweiz – sie alle werden von den USA, der Europäischen Union und sogar vom Bundesrat unter Druck gesetzt, der dem äusseren Druck viel zu leicht nachgibt. Unsere Regierung war bereit, zur Rettung von Spekulanten und Kapitalisten die Gesetzgebung über das öffentliche Beschaffungswesen auszuhöhlen, indem sie Gesamtarbeitsverträge zulässt, welche die Arbeitsbedingungen der Herkunftsländer am Einsatzort legitimiert (Ausrichtung auf das „Rüffert“-Urteil des EuGH und Entsenderichtlinie). Der Bundesrat schreckt nicht davor zurück, das Schweizer Recht mit Füßen zu treten, um die UBS - nicht aber die Arbeitsplätze - zu retten.

Um die Kapitalisten und das System der Spekulation zu verteidigen, sind Milliarden geflossen. Doch damit hat der Bundesrat noch nicht genug; nun möchte er auch noch die Rentnerinnen und Rentner zur Kasse bitten, indem er den Umwandlungssatz der zweiten Säule senken will. Mit Unterstützung der SP haben die Gewerkschaften jedoch genügend Unterschriften (über 200'000) für das Referendum gegen den « Rentenklau » gesammelt.

Bundesrat und Parlament beschafften den Bankiers und Spekulanten über 68 Milliarden Franken. Und das sollen nun die Arbeitnehmenden bezahlen? Die 68 Milliarden müssen zurückgegeben und für den Erhalt von Arbeitsplätzen, Löhnen und Sozialleistungen eingesetzt werden! Was es braucht, ist ein Plan zur Rettung der arbeitenden Bevölkerung und der Jungen! Dieser Plan soll zum Ziel haben, den Abbau von Arbeitsplätzen, sowohl im öffentlichen Dienst, wie auch in der Privatwirtschaft, zu verhindern. Er muss ein Gesetz für ein Entlassungsverbot erhalten. Entlassungen müssen insbesondere für all jene Unternehmen verboten werden, welche vom Staat Hilfe staatliche Unterstützung erhalten haben und in den Genuss von Steuervorteilen oder -erleichterungen kamen oder weiterhin kommen!

**Fordern wir gemeinsam ein Verbot von Entlassungen
und ein Recht für alle auf Arbeit!**

Was es jetzt braucht, ist Einheit

Es muss dringend etwas getan werden! Dem Stellenabbau und der allgemeinen Verarmung der Bevölkerung ist Einhalt zu bieten. Die 200'000 Unterschriften für das Referendum gegen den Rentenklau beweisen, dass die Arbeitnehmenden bereit sind, den Kampf aufzunehmen. Die SP und der Gewerkschaftsbund sind das Sprachrohr der ArbeitnehmerInnen und der Demokratie. Sie sind es, welche durch einen gemeinsamen Aufruf zur nationalen Demonstration gegen die aktuelle Krisenpolitik, den Weg zu Einheit ebnen können. Stellt sich eine vereinte Linke hinter die Parolen „Halt, das reicht!“, „Stopp den Entlassungen“ wird die Regierung zum Aufgeben ihrer Pläne gezwungen.

Der Protesttag vom vergangenen 9. März 2009, als sich 600 Industriedelegierte der Gewerkschaft UNIA in Bern einfanden, beweist, wie wichtig die Mobilisierung ist. Das zeigt auch die von den VPOD-Delegierten am 28. März verabschiedete Resolution. Sie verlangt vom SGB und seinen Verbänden, im Frühsommer dezentrale Demonstrationen und im September eine nationale Kundgebung gegen die

Wirtschaftskrise zu organisieren, und danach endlich die Debatte über einen allfälligen Aufruf zu einem nationalen Streiktag in Gang zu bringen. Alle diese Initiativen zielen in die richtige Richtung!

Über die Europäische Union kann man geteilter Ansicht sein. Wir sind der Meinung, dass sie und ihre Institutionen für die Souveränität der einzelnen Staaten und für die sozialen und politischen Errungenschaften in der Demokratie jedes Landes, eine grosse Gefahr darstellen. Diese unterschiedlichen Ansichten dürfen uns jedoch nicht daran hindern, gemeinsam die zerstörerischen Pläne zu bekämpfen, unter denen letztendlich die Arbeitnehmenden und die Jungen zu leiden haben. Gemeinsam müssen wir ein neues Gesetz fordern, mit dem der Erhalt aller Arbeitsplätze garantiert wird, und gemeinsam müssen wir gegen die Politik des Bundesrates antreten, der die Absicht hat, die Sozialversicherungen (IV, AHV, Arbeitslosenversicherung) auszuhöhlen, die Renten der zweiten Säule zu plündern und die Integrationspolitik in die EU fortzusetzen, indem über 500 Poststellen geschlossen werden sollen!

Der nachstehende Aufruf wurde von einem Ausschuss verfasst, der am 7. Treffen aktiver GewerkschafterInnen, SP-Basismitglieder und SP-Verantwortlichen sowie AktivistInnen verschiedener Organisationen und Tendenzen der Arbeiterbewegung den Auftrag dazu bekommen hat. Das Treffen fand am 14. März in Neuenburg statt, um nach der Abstimmung vom 8. Februar über die Folgen der Umsetzung der Politik der Europäischen Union in der Schweiz zu diskutieren.

Wir, Arbeitnehmende, GewerkschafterInnen, SP-Mitglieder und SP-SympathisantInnen, Junge und StudentInnen, RentnerInnen und Erwerbslose richten einen eindringlichen Appell an den Schweizerischen Gewerkschaftsbund (SGB) und die Sozialdemokratische Partei der Schweiz (SPS), um gemeinsam zur Mobilisierung der Arbeitnehmenden aufzurufen, um eine Politik zur Rettung der arbeitenden Bevölkerung und der Jugend zu fordern.

Der erste Schritt dazu ist ein Verbot von Entlassungen. Beide Organisationen verpflichten sich, den Eidg. Räten gemeinsam einen Entwurf für ein Gesetz über ein Verbot von Entlassungen einzureichen.

Name, Vorname	Funktion-Organisation	Post- und E-Mail-Adresse	Unterschrift

Unterschriftenbogen zurücksenden an: UCPO / VAA Postfach 1, 1211 Genf 28

Kontakt: info@ucpo.ch / www.ucpo.ch